

Der Bürgermeister wies daraufhin, dass unter diesem TOP auch der Antrag der CDU-Fraktion, DS-Nr. 16/0164 „TOP 8.1.2 öffentlich, Einführung eines Bauinvestitionscontrollings; hier: alternativer Beschlussvorschlag“ mitbehandelt wird.

Frau Jung führte u.a. aus, dass die Verwaltung nun mit der Umsetzung beginnen könne. Hierbei sei die Verwaltung frei in ihrer Entscheidung, ob dies dezentral oder innerhalb der Verwaltung erfolgen soll. Aufgrund dieses Antrages soll die Verwaltung nun demnächst einen Zwischenbericht vorlegen, wie hier weiter verfahren werden wird.

Herr Köhler stellte die folgenden Fragen:

Gibt es derartiges bereits in der Verwaltung? Wie bewertet die Verwaltung dies? Soll dies durch eigenes Personal erfolgen oder müssen neue Stellen geschaffen werden?

Herr Schell verwies in seinen Ausführungen auf die Diskussion im Unterausschuss Haushaltskonsolidierung. Durch den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag soll seitens der Verwaltung dargestellt werden, wie dieser Antrag umgesetzt werden könnte (mit welchem Personal, entstehende Kosten etc.).

Zum eingebrachten Antrag der CDU führte Frau Jung aus, dass hier die Verwaltung eingeschränkt werde.

Herr Piéla verwies in seinen Ausführungen auf die bereits erfolgte Diskussion im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss im April 2015 (Einführung des Gebäude-Monitoring). Selbstverständlich müssen hier die Seite „Personaleinsatz“ und die Seite „Kosten“ miteinbezogen werden. Der von der Verwaltung hierzu noch vorzulegender Bericht sollte dann mit in die weiteren Überlegungen der Verwaltung einbezogen werden. Daher ist auch die Einführung eines Bauinvestitionscontrollings unter Berücksichtigung der angesprochenen Aspekte sehr sinnvoll.

Herr Knülle sprach sich dafür aus, dass der eingebrachte gemeinsame Antrag so beschlossen werden soll, damit die Verwaltung den schon eingeschlagenen Weg weiterfolgen soll, um hier ein Instrument einzurichten, dass entsprechende Prozesse / Verfahren zum Bauinvestitionscontrolling – wie auch von der KGSt beschrieben – eingeführt werden sollen und dies in einem Zwischenbericht der Politik vorgelegt werden soll.

Herr Schell führte u.a. aus, dass es aus seiner Sicht unbedingt erforderlich sei, zu wissen, was dies kosten würde.

Der Bürgermeister teilte mit, dass seitens der Verwaltung ein Zwischenbericht erstellt werde, in dem u.a. auch die Kosten ermittelt werden, die ggfls. auf den Haushalt zu kommen. Dieser Bericht werde dann im Rat oder dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt werden.

Herr Metz führte u.a. aus, dass aus seiner Sicht alle Fraktionen dafür sind, dass dies eingeführt bzw. umgesetzt wird. Auf seine Bitte hin wird im Protokoll festgehalten, dass seitens der Verwaltung ein Zwischenbericht erstellt werde, der dann im entsprechenden

Ausschuss beraten werden soll. Sollten dann noch weitergehende Beschlüsse (z.B. mehr Personal) gefasst werden müssen, werde dies dann im Rat erfolgen.

Herr Schell begründete daraufhin nochmals den von seiner Fraktion eingebrachten alternativen Beschlussvorschlag.

In der weiteren Diskussion führte Frau Jung aus, dass es sinnvoll sei, so wie im gemeinsamen Antrag formuliert, diesen Beschluss zu fassen, dass die Verwaltung die zügige Einführung eines Bauinvestitionscontrollings umsetzt, ohne vorher noch erst ein Konzept zu erstellen, das dann wiederum beraten werden muss. Auch Frau Schmidt sprach sich für diesen Antrag aus.

Herr Knülle führte weiter aus, dass man den Beschlussvorschlag dahingehend ergänzen könnte, dass die Verwaltung beauftragt werde, den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss begleitend zu informieren.

Herr Gleß führte u.a. aus, dass derartige Steuerungsinstrumente seitens der Verwaltung durchgeführt werden. Daher sehe auch er die Einführung eines solchen Steuerungselementes als sehr sinnvoll an.

Der Bürgermeister teilte hierzu mit, dass es aus Sicht der Verwaltung „einfacher“ sei, dies umzusetzen, ohne dass noch ein Konzept erstellt werden muss.

Auf Nachfrage teilte Herr Schell mit, dass die CDU-Fraktion ihren eingebrachten alternativen Beschlussvorschlag aufrechterhalten werde.

Dann wurde zunächst über den gemeinsamen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP Aufbruch, Die Linke, Bürgermeister)

21 Nein-Stimmen (CDU, Volksabstimmung)

keine Enthaltungen

Daraufhin erklärte der Bürgermeister, dass somit dieser Antrag angenommen ist. Über den Antrag der CDU-Fraktion ist somit nicht mehr abzustimmen.